



NETZWERKBÜRO

BILDUNG IN DER LAUSITZ



Bildung verbindet.

LAUSITZ IM DIALOG

Rechtsextremismusprävention in Bildungseinrichtungen

Susanne Dyhr über das »Handlungskonzept gegen (extrem)
rechte Einflussnahme an der Brandenburgischen Technischen
Universität Cottbus-Senftenberg«

11.03.2026



POLITISCHE BILDUNG

Gefördert vom:



Bundesministerium
für Bildung, Familie, Senioren,
Frauen und Jugend



Kompetenzzentrum
Bildung im Strukturwandel
Netzwerkbüro Lausitz

kobra.net

Beratung . Bildung . Brandenburg

RECHTSEXTREMISMUSPRÄVENTION IN BILDUNGSEINRICHTUNGEN

Mit Blick auf die Gestaltung einer lebendigen demokratischen Kultur in der Lausitz startet das Netzwerkbüro Bildung in der Lausitz ab 2026 eine digitale Artikelreihe zu den Themen politische Bildung, Demokratiebildung, Partizipation und Rechtsextremismusprävention. In kurzen Interviewformaten kommen regionale Akteure zu Wort, um von ihren Erfahrungen, Perspektiven und Ideen zu berichten, Handlungsspielräume aufzuzeigen und gemeinsam Impulse zur Stärkung demokratischer Strukturen in der Region zu setzen.

Der Auftakt der Reihe richtet den Fokus auf einen zentralen Akteur des Lausitzer Strukturwandels: die Brandenburgische Technische Universität Cottbus-Senftenberg (BTU). Der Universität kommt im Strukturwandel eine besondere Rolle zu – als Ort von Wissenschaft, Bildung und gesellschaftlicher Verantwortung sowie als Anziehungspunkt für internationale Fachkräfte von morgen. Die BTU hat sich dieser Verantwortung im Zuge der Entwicklung des bundesweit ersten universitären Handlungskonzepts gegen extrem rechte Einflussnahme gestellt, das gezielt im regionalen Hochschul- und Gesellschaftskontext der Lausitz verankert ist.

Am 8. Dezember 2025 fand hierzu ein Interview mit Susanne Dyhr, wissenschaftliche Mitarbeiterin an der BTU, statt. Es gibt Auskunft über Entstehung, Ziele und die praktische Umsetzung des Konzepts seit seiner Veröffentlichung 2023 sowie darüber, wie Hochschulen demokratische Werte aktiv schützen und stärken können.

Die Lausitz kämpft seit Jahrzehnten mit tiefgreifenden demografischen und wirtschaftlichen Heraus-

forderungen. Abwanderung – insbesondere junger und qualifizierter Fachkräfte – sowie die daraus resultierende zunehmende Überalterung prägen die Region seit den 1990er Jahren. Der damit einhergehende Bevölkerungsrückgang verschärft den bereits bestehenden Fachkräftemangel, dessen Bewältigung insbesondere im Kontext der anstehenden sozial-ökologischen Transformation eine zentrale Gelingensbedingung darstellt. Zugleich wirken Erfahrungen weiter Teile der Gesellschaft aus der Wendezeit fort: Phasen von Arbeitslosigkeit, biographischen Brüchen und empfundenem Kontrollverlust haben bei vielen Menschen zu anhaltender Unzufriedenheit und Skepsis gegenüber politischen Institutionen und aktuellen Transformationsprozessen geführt. Diese Gemengelage bietet seit einigen Jahren einen fruchtbaren Nährboden für rechtspopulistische und rechtsextreme Erzählungen, was sich sowohl in Wahlergebnissen in den Lausitzer Landkreisen als auch in einem deutlichen Anstieg gemeldeter rechtsextremer Übergriffe auf politische Gegner*innen und Minderheiten widerspiegelt.² Beratungsstellen und zivilgesellschaftliche Initiativen weisen zudem auf eine zunehmende Normalisierung rechter Positionen und Gewalt im Alltag hin.³

Als Folge der wachsenden Zustimmung zu rechten Ideologien zeigt sich ein Wandel der demokratischen Debattenkultur, in dem rechte Diskurse zunehmend normalisiert werden. Positionen und Argumentationsmuster, die zuvor als randständig galten, werden vermehrt in öffentliche Debatten integriert, während

An der BTU Cottbus-Senftenberg, einer der zentralen Bildungs- und Strukturwandelakteure der Region, studieren 7.500 Personen. Etwa 45 Prozent der Studierenden kommen aus dem Ausland (aus ca. 130 Ländern).¹

1 Brandenburgische Technische Universität Cottbus-Senftenberg (2026): Profil der BTU in Zahlen, online abrufbar: <https://www.b-tu.de/universitaet/profil/profil-btu-in-zahlen> (zuletzt abgerufen am 14.01.2026).

2 Opferperspektive Brandenburg e. V. (2025): Rechte Gewalt in Brandenburg 2024. Hintergrundpapier, online abrufbar: https://www.opferperspektive.de/wp-content/uploads/2025/03/27032025_hintergrundpapier_2024_web.pdf (zuletzt abgerufen am 15.01.2026); RAA Sachsen e. V. (2025): Rechtsmotivierte, rassistische und antisemitische Gewalt in Sachsen 2024. Jahresstatistik, online abrufbar: <https://www.raa-sachsen.de/support/statistik/statistiken/rechtsmotivierte-rassistische-und-antisemitische-gewalt-in-sachsen-2024-9433> (zuletzt abgerufen am 15.01.2026).

3 Opferperspektive Brandenburg e. V. (2019): Rechte Gewalt ist Normalität in Brandenburg. Hintergrundpapier zur Jahresstatistik 2018, online abrufbar: https://www.opferperspektive.de/wp-content/uploads/2019/03/Hintergrundpapier_Jahresstatistik_2018.pdf (zuletzt abgerufen am 15.01.2026); Decker, O., Kiess, J., Heller, A., Brähler, E. (Hrsg.) (2024). Autoritäre Dynamiken in unsicheren Zeiten. Leipziger Autoritarismus Studie 2024. Universität Leipzig, online abrufbar: <https://www.boell.de/de/2024/11/13/vereint-im-ressentiment-autoritäre-dynamiken-und-rechtsextreme-einstellungen> (zuletzt abgerufen am 15.01.2026).

rechte Akteure ihre Sichtbarkeit in öffentlichen Räumen systematisch ausweiten.⁴ Parallel dazu nimmt die Skepsis gegenüber Wissenschaft, Medien und demokratischen Institutionen zu – eine Entwicklung, die insbesondere Hochschulen vor neue Herausforderungen stellt.⁵

Hochschulen spielen als Orte gesellschaftlicher Sozialisation und demokratischer Aushandlung eine besondere Rolle bei der Bewältigung dieser gesamtgesellschaftlichen Problemlage. Als Institutionen, in denen Menschen unterschiedlicher sozialer, kultureller und nationaler Hintergründe aufeinandertreffen, vermitteln sie nicht nur fachliche Qualifikationen, sondern auch Werthaltungen und Formen gesellschaftlicher Teilhabe. Gerade für junge Erwachsene sind Hochschulen zentrale Erfahrungsräume, in denen demokratische Werte wie bspw. Pluralität, Meinungsfreiheit, Konfliktfähigkeit und solidarisches Handeln praktisch erlernt und gelebt werden. Zugleich sind Hochschulen öffentliche Räume, in denen wissenschaftliche Erkenntnisse, gesellschaftliche Verantwortung und auch politische Debatten aufeinandertreffen. In Zeiten zunehmender Skepsis gegenüber Wissenschaft und demokratischen Institutionen sind sie daher in besonderem Maße gefordert, eine offene, respektvolle und faktenbasierte Debattenkultur zu schaffen und diese aktiv zu verteidigen. Dazu gehört auch der Umgang mit antidemokratischen, rechtspopulistischen und extrem rechten Positionen, die immer öfter versuchen, akademische Räume für ihre Ideologien zu missbrauchen oder das wissenschaftliche Feld als Ort gesellschaftlicher Wissensproduktion und kritischer Reflexion infrage zu stellen.

Angesichts der zunehmenden Präsenz rechtsextremer und rechtspopulistischer Positionen stellt sich mehr und mehr die Frage, welche Ansätze sich im Umgang mit dieser Entwicklung als wirksam erweisen. Eine zentrale Voraussetzung für die Entwicklung und Umsetzung wirksamer Gegenstrategien ist eine datenbasierte und kanonisierte Problemwahrnehmung: Rechtsextremismus als gesamtgesellschaftliche Herausforderung anzuerkennen, bedeutet, seine Erscheinungsformen – von subtilen Diskursverschiebungen bis hin zu offenen Übergriffen – sichtbar zu machen und diese nicht als Einzel-

erscheinungen zu relativieren.⁶ Hochschulen können hierzu beitragen, indem sie Forschungsergebnisse, Erfahrungswissen, regionale Analysen und Monitoringtätigkeiten bündeln und in öffentliche Debatten einbringen. Gerade in einer Region wie der Lausitz, die von tiefgreifenden Transformationsprozessen, Unsicherheiten und politischen Polarisierungen geprägt ist, können Hochschulen damit als Ankerinstitutionen wirken. Sie tragen somit nicht nur zur Fachkräftesicherung bei und wirken als Antreiber regionaler Entwicklungen, sondern stärken aktiv demokratische Strukturen und zivilgesellschaftliche Netzwerke. Durch Forschung, Lehre, Wissenstransfer und den Dialog mit regionalen Akteuren können sie demokratische Praxis- und Diskussionsformate aktiv bestärken, Reflexionsräume eröffnen und Handlungskompetenzen im Umgang mit gesellschaftlichen Konflikten fördern.

Das dargestellte Potential macht deutlich, dass Hochschulen weit mehr sind als reine Orte des Lernens, Lehrens und des Forschens. Sie sind zentrale demokratische Institutionen, die sich täglich aufs Neue mit gesellschaftlichen Krisen und politischen Radikalisierungsprozessen konfrontiert sehen und aktiv Stellung beziehen müssen. Das von der BTU Cottbus-Senftenberg entwickelte Handlungskonzept gegen rechte Einflussnahme knüpft genau an diesen Ansatz an: Die BTU versteht sich als Teil eines breiten demokratischen Netzwerks und nicht als abgeschotteter Raum. Das Interview mit Susanne Dyhr gibt Einblick, wie diese Verantwortung konkret wahrgenommen wird und welches Potential Hochschulen für die Stärkung der hier gelebten demokratischen Kultur in sich tragen.

4 Wodak, Ruth (2023): Rechtspopulistische Diskursverschiebungen. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, 73 (43–45), S. 31–35, online abrufbar: <https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/diskurskultur-2023/541849/rechtspopulistische-diskursverschiebungen/> (zuletzt abgerufen am 15.01.2026).

5 Einwächter, Sophie G. (2022): Feindlichkeit gegenüber Wissenschaftlerinnen. Kartierung eines Phänomens*. In: Demokratie gegen Menschenfeindlichkeit. Zeitschrift für Wissenschaft und Praxis, 2/2022, S. 10–28, online abrufbar: https://www.uni-marburg.de/de/fb09/medienwissenschaft/forschung/forschungsprojekte/medienwissenschaftliche-formate/files/einwachter2022wissenschaftsfeindlichkeit_dfg-kopie.pdf/%40%40download/file/Einwa%CC%88chter2022Wissenschaftsfeindlichkeit_DFG%20Kopie.pdf (zuletzt abgerufen am 15.01.2026).

6 Amadeu Antonio Stiftung (2024): Demokratieatlas: Rechtsextremismus und zivilgesellschaftliches Handeln. Berlin, S. 38 und S. 64ff., online abrufbar (zuletzt abgerufen am 15.01.2026).

LAUSITZ IM DIALOG



*Susanne Dyhr ist Doktorandin und seit 2021 wissenschaftliche Mitarbeiterin am Fachgebiet Methoden und Theorien Sozialer Arbeit mit den Schwerpunkten Gemeinwesenarbeit und Rechtsextremismusprävention an der BTU Cottbus-Senftenberg. Sie ist neben Prof.*in Dr.*in phil. Heike Radvan eine der beiden Autorinnen des im Januar 2023 veröffentlichten Handlungskonzepts. Zudem koordiniert sie seit August 2024 die Monitoringstelle (extrem) rechter Einflussnahme an der BTU.*

Netzwerkbüro Bildung in der Lausitz (NWB): Guten Tag, Frau Dyhr. Könnten Sie zu Beginn einmal das Konzept und seine zentralen Inhalte vorstellen?

Susanne Dyhr: Wir sind so vorgegangen, dass wir uns zunächst sehr genau die vorliegende Situation angeschaut haben. Ausgangspunkt war eine empirische Herangehensweise: Welche Vorfälle gab es in der Vergangenheit? Welche Strukturen bestehen in der Region, aber auch darüber hinaus? Es gab bereits konkrete Probleme. Wir haben uns sowohl die Stadtgesellschaft als auch konkrete Vorfälle an der Universität angeschaut und darüber hinaus den gesamten Wissenschaftsbereich in den Blick genommen.

Die Entstehungsphase des Konzepts fiel in die Zeit der Corona-Pandemie, in der Angriffe auf wissenschaftliche – insbesondere medizinische – Erkenntnisse sowie auf die Klimaforschung stark präsent waren. Diese Debatten waren damals medial sehr sichtbar und sind entsprechend in das Konzept eingeflossen. Wir haben untersucht, welche Akteur*innen aktiv sind und welche Entwicklungen deutschlandweit zu beobachten sind. Auf dieser Grundlage haben wir ein Handlungskonzept entwickelt, das im ersten Teil eine Lageanalyse und im zweiten Teil konkrete Reaktionen darauf enthält.

Dabei unterscheiden wir zwischen Primär- und Sekundärmaßnahmen. Im Primärbereich geht es um Prävention, also darum, was getan werden kann, bevor etwas passiert. Dazu gehören Weiterbildungsangebote, aber auch strukturelle Maßnahmen zur Vorbereitung auf mögliche Vorfälle. Ein zentraler Bestandteil ist außerdem das Monitoring. Ich selbst arbeite in diesem Bereich, da die Einrichtung einer Monitoringstelle im Handlungskonzept empfohlen wurde.

Ziel ist es, dass Vorfälle über eine Plattform auf der Website der Universität gemeldet werden können – sowohl von Betroffenen selbst als auch von Personen, die entsprechende Situationen beobachten.

Diese Meldungen gehen bei mir ein. Wenn die Meldung nicht von direkt Betroffenen stammt und es um Gewalt geht, versuche ich herauszufinden, wer betroffen war, um gezielt Kontakt aufzunehmen. Bei Graffiti, Stickern und Ähnlichem kümmere ich mich nur um die Entfernung. Rechtsextreme Raumnahme macht den größeren Anteil der Meldungen aus.

Susanne Dyhr: Ich arbeite bei der Monitoringstelle seit September letzten Jahres. Technisch kann eine solche Stelle online existieren, doch es braucht viel Arbeit, um sie bekannt zu machen und dauerhaft präsent zu halten. Gerade zu Beginn war die Monitoringstelle medial sehr sichtbar, und in dieser Phase habe ich viele Meldungen erhalten. Inzwischen ist

„Diese Positionierungen sind ein sehr wichtiges Instrument. Ich werde häufig gefragt, welche Wirkung es hat, wenn sich etwa die Präsidentin der Universität äußert, und es gibt Zweifel daran, ob dies tatsächlich eine wirksame Maßnahme ist. Aus meiner Sicht ist eine solche Positionierung jedoch eine absolut essenzielle Grundvoraussetzung, um grundlegende Veränderungen innerhalb einer Institution zu ermöglichen. Wenn die Leitung mitzieht, wenn sie Haltung gegenüber Rechtsextremismus vorgibt und vorlebt, entstehen überhaupt erst Möglichkeitsräume.“



Die Sekundärprävention setzt an, wenn bereits etwas passiert ist. Dann geht es darum, handlungsfähig zu sein und Betroffene nicht allein zu lassen. Dazu gehören ein klarer Notfallplan, festgelegte Ansprechpersonen und eindeutige Zuständigkeiten. Ebenso wichtig ist eine klare Positionierung durch die Hochschulleitung. Diese Positionierungen sind ein sehr wichtiges Instrument. Ich werde häufig gefragt, welche Wirkung es hat, wenn sich etwa die Präsidentin der Universität äußert, und es gibt Zweifel daran, ob dies tatsächlich eine wirksame Maßnahme ist. Aus meiner Sicht ist eine solche Positionierung jedoch eine absolut essenzielle Grundvoraussetzung, um grundlegende Veränderungen innerhalb einer Institution zu ermöglichen. Wenn die Leitung mitzieht, wenn sie Haltung gegenüber Rechtsextremismus vorgibt und vorlebt, entstehen überhaupt erst Möglichkeitsräume.

NWB: Ein zentraler Bestandteil war also die Schaffung institutioneller und struktureller Voraussetzungen. Seit wann gibt es die Monitoringstelle, und spiegelt sich die gesamtgesellschaftlich zunehmende rechte Gewalt in Ihren Beobachtungen und der Dokumentation wider?

die Zahl der Meldungen zurückgegangen – zumindest im Vergleich zu dem, was ich selbst beobachte. Ich bin gut mit zivilgesellschaftlichen Akteur*innen vernetzt. Das Handlungskonzept wurde gemeinsam mit ihnen entwickelt, und über diese Netzwerke bekomme ich sehr gut mit, was in der Stadt passiert. Dieses Geschehen spiegelt sich jedoch nicht immer in den Meldungen wider. Das zeigt, dass es mehr Ressourcen braucht, etwa für Öffentlichkeitsarbeit. Die Universität ist auf mehrere Standorte verteilt, hinzu kommen weitere Orte wie Sportanlagen. Um die Monitoringstelle überall sichtbar zu machen, ist ein erheblicher Aufwand nötig.

Hinzu kommt eine große Ermüdung. Gerade in Regionen wie der Lausitz ist rechte Gewalt kein neues Phänomen. Viele erleben diese alltäglichen Anfeindungen seit Jahren. Zwar ist die aktuelle Diskursverschiebung deutlich spürbar, doch vor Ort ist diese Gewalt für viele ein Dauerzustand.

Im vergangenen Jahr gab es vermehrt Meldungen von Personen, die im öffentlichen Raum aus dem Nichts angefeindet wurden, weil sie als linksliberal gelesen wurden. Diese Vorfälle haben zugenommen,

werden aber teilweise als „normaler Alltag“ wahrgenommen. Sehr deutlich war zudem der Zusammenhang mit Wahlergebnissen. Nach der Landtags-, Europa- und Bundestagswahl war spürbar, dass sich rechtsextreme Akteur*innen noch offener im öffentlichen Raum gezeigt haben, etwa an Bahnhöfen.

NWB: Die Monitoringstelle nimmt also auch Vorfälle außerhalb der Universität auf?

Susanne Dyhr: Genau. Uns ist wichtig zu wissen, welche Erfahrungen Mitarbeitende und Studierende in der Region machen. Die Universität hat einen sehr hohen Anteil internationaler Studierender und Mitarbeitender, und diese Menschen haben einen Alltag in der Region. Ziel ist, dass sie sich hier wohlfühlen, bleiben und langfristig auch als Fachkräfte tätig sein möchten.

Wenn Menschen sich in ihrem Zuhause nicht sicher fühlen, ziehen sie sich häufig zurück oder gehen in größere Städte. Das Pendeln schafft zusätzliche Distanzen, und der Austausch vor Ort geht verloren. Deshalb ist es wichtig, auch den Bereich jenseits des Campus im Blick zu behalten: Was passiert in der Freizeit? Welche Erfahrungen machen sie auch außerhalb der Universität?

NWB: Übernimmt die Universität damit auch Verantwortung im öffentlichen Raum?

Susanne Dyhr: Die Universität ist nicht nur eine Bildungseinrichtung, sondern auch ein Arbeitgeber. Sie trägt Verantwortung für Mitarbeitende und Studierende. Es gibt rechtliche Grundlagen, die nahelegen, dass Arbeitgeber dafür sorgen müssen, dass Menschen ihre Arbeit ohne Anfeindungen, Diskriminierung oder Gewalt ausüben können.

Zugleich ist die Universität ein großer Arbeitgeber in der Region. Aus dieser Position heraus ist es wichtig, Verantwortung wahrzunehmen und nicht wegzuschauen. Häufig wird in diesem Zusammenhang auf Wissenschaftsfreiheit oder Neutralitätsgebot verwiesen. Diese Begriffe werden gezielt genutzt, um Maßnahmen zu delegitimieren.

Wissenschaftsfreiheit ist ein hohes Gut. Gleichzeitig ist die Universität Teil gesellschaftlicher Gefüge.

„Hinzu kommt eine große Ermüdung. Gerade in Regionen wie der Lausitz ist rechte Gewalt kein neues Phänomen. Viele erleben diese alltäglichen Anfeindungen seit Jahren. Zwar ist die aktuelle Diskursverschiebung deutlich spürbar, doch vor Ort ist diese Gewalt für viele ein Dauerzustand.“



Eine Positionierung hat immer politische Wirkung, erfolgt hier aber klar im Rahmen des Grundgesetzes. Es geht darum, Bedingungen zu schaffen, unter denen offener Austausch überhaupt möglich bleibt. Teilhabe ist nicht möglich, wenn Diskriminierung und Bedrohung den Alltag prägen.

Dabei lassen sich unterschiedliche Ebenen unterscheiden: Als Arbeitgeber hat die Universität eine andere Verantwortung als im wissenschaftlichen Diskurs selbst. Für beide Ebenen braucht es unterschiedliche Instrumente. So wurden etwa Handreichungen für die Lehre entwickelt, die Lehrenden Orientierung im Umgang mit rechtsextremen Diskursstrategien geben.

NWB: Richten sich diese Angebote eher an Lehrende oder auch an Studierende? Und gibt es darüber hinaus politische Bildungsangebote?

Susanne Dyhr: Neben dem Handlungskonzept und seinen Maßnahmen gab es auch eine Professur, die sich mit Rechtsextremismus in der Sozialen Arbeit beschäftigt hat. Diese Stelle wird derzeit vertreten. Zudem verfügt die Universität über ein Weiterbildungszentrum, etwa zu interkultureller Kommunikation. Politische Bildung und Prävention sind damit Teil eines breiteren Verständnisses universitärer Verantwortung.

NWB: Gab es bei der Umsetzung des Handlungskonzepts Widerstände?

Susanne Dyhr: Die BTU war die erste Universität in Deutschland mit einem solchen Handlungskonzept.

Entsprechend groß ist die Aufmerksamkeit. Inzwischen ziehen viele Hochschulen bundesweit nach. Das zeigt, dass es sich nicht um ein spezifisches Lausitz-Problem handelt.

Die Herausforderungen sind dabei an vielen Orten ähnlich. Mit der aktuellen Diskursverschiebung gehen auch Sorgen einher. Gerade vor dem Hintergrund der DDR-Vergangenheit taucht schnell die

„Uns ist wichtig zu wissen, welche Erfahrungen Mitarbeitende und Studierende in der Region machen. Die Universität hat einen sehr hohen Anteil internationaler Studierender und Mitarbeitender, und diese Menschen haben einen Alltag in der Region. Ziel ist, dass sie sich hier wohl fühlen, bleiben möchten und langfristig auch als Fachkräfte tätig sein möchten.“

Frage auf, was ein solches Monitoring eigentlich bedeutet: Werden Menschen überwacht oder „ausgehört“? Diese Befürchtungen begegnen uns immer wieder. Deshalb ist es wichtig, deutlich zu machen, dass es zuallererst um Sensibilisierung geht und darum, ein besseres Verständnis für die Herausforderungen innerhalb einer offenen Institution wie der Universität zu schaffen.

Eine Universität ist ein sehr offener Raum. Es gibt beispielsweise Bauarbeiten auf dem Campus, externe Akteur*innen, viele unterschiedliche Begegnungen und Interaktionen. Das macht die Situation komplex. Das Monitoring dient dazu, ein Gesamtbild zu entwickeln: Wo treten Vorfälle auf? In welchen Situationen machen Menschen problematische Erfahrungen? Es geht ausdrücklich nicht darum, die

Belegschaft zu „bespitzeln“ oder in irgendeiner Weise stasiähnlich zu kontrollieren. In diesem Rahmen wird die Monitoringstelle auch nicht genutzt. Ein Großteil der Meldungen bezieht sich vielmehr auf Erlebnisse aus dem Alltag und dem Freizeitbereich oder auf konkrete Gewalt- oder Diskriminierungserfahrungen. Sofern Studierende oder Mitarbeitende hieran ursächlich beteiligt sind, stehen wir natürlich den Betroffenen zur Seite und nutzen die hierfür vorgegebenen rechtlichen Möglichkeiten.

Eine weitere Herausforderung ist, Sensibilisierung in den Arbeitsalltag zu integrieren. Viele Menschen haben wenig Zeit und der unmittelbare Nutzen solcher Angebote ist nicht immer klar. Deshalb stellt sich die Frage, wie diese Angebote so gestaltet werden können, dass sie auch tatsächlich angenommen werden.

NWB: Wie sieht die Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft aus?

Susanne Dyhr: Die Zivilgesellschaft in Cottbus ist sehr aktiv. Die Stadt hat ein eigenes Handlungskonzept, und ich war auch an Treffen im Rahmen dieses Prozesses beteiligt. Darüber bin ich gut mit verschiedenen Akteur*innen in der Stadt vernetzt. Diese Vernetzung bestand also bereits und ist in die Arbeit an dem universitären Handlungskonzept eingeflossen.

Darüber hinaus stehen wir im Austausch mit anderen Monitoringstellen, etwa Opferberatungsstellen. In diesem Austausch geht es nicht darum, konkrete Daten oder einzelne Fälle weiterzugeben, sondern vielmehr um eine übergeordnete Einschätzung: Was passiert insgesamt? Wie wird die Situation in der Stadt wahrgenommen? Was ist der Blick anderer Akteur*innen? Im Gegenzug kann ich meine eigenen Beobachtungen teilen. In vielen Punkten decken sich diese Einschätzungen. Insgesamt ist dieser Austausch sehr hilfreich, um Dynamiken besser zu verstehen und ein gemeinsames Lagebild zu entwickeln.

NWB: Wie sieht das aktuelle Lagebild aus?

Susanne Dyhr: Es gibt Entwicklungen, die wir genau beobachten. Kürzlich wurden Studierende gezielt von rechtsextremen Akteur*innen zu einer Erstsemesterparty eingeladen, verbunden mit Anreizen wie Freigetränken. Das ist eine neue Dimension gezielter Ansprache.

Wir haben in Cottbus keine Burschenschaften mit starkem Einfluss auf die Universität, aber diese Aktivitäten sind neu. Ob künftig verstärkt versucht wird, Studierende zu erreichen, Gruppen aufzubauen und in die Universität hineinzuwirken, wird genau beobachtet.

NWB: Abschließend: Welche Empfehlungen würden Sie anderen Bildungsinstitutionen geben?

Susanne Dyhr: Die regionalen Situationen unterscheiden sich stark. Der bundesweite Austausch ist für die gegenseitige Sensibilisierung und zum Verständnis unterschiedlicher Erscheinungsbilder sehr wichtig. International sehen wir Beispiele, wie Universitäten durch rechtsextreme Kräfte umgestaltet werden. Das erzeugt Sorge und zeigt, wie viel auf dem Spiel steht. Deshalb ist Vernetzung entscheidend. Das Thema darf nicht als „nicht relevant für die Universität“ abgetan werden. Wir müssen Betroffene ernst nehmen, ihnen Sicherheit geben und gemeinsam überlegen, wie Wissenschaftsfreiheit geschützt werden kann. Darum geht es am Ende.

Das Interview führte Caroline Hübner.

Die vorliegende Fassung wurde in Absprache mit Susanne Dyhr gekürzt und redaktionell bearbeitet.



Universitätsbibliothek BTU Cottbus-Senftenberg

NETZWERKBÜRO



BILDUNG IN DER LAUSITZ

Ansprechpartnerin:

Caroline Hübner
wissenschaftliche Mitarbeiterin Netzwerkmanagement & Politische Bildung
huebner@bildung-lausitz.de
Tel.: 0355 – 4946 6889
www.bildung-lausitz.de

Netzwerkbüro Bildung in der Lausitz
Inselstraße 24
03046 Cottbus

Layout:

Susanne Seitz
(Layoutdesign original von Henzgen & Schommer media GmbH, Andernach)

©Bildnachweis:

Ralf Schuster: Porträt, Benjamin Maltry Seite 8

Dieses Vorhaben wird aus Mitteln des Bundesministeriums für Bildung, Familie,
Senioren, Frauen und Jugend gefördert.

Bildung verbindet.